

mokratische Wende und schließlich für antimonopolistische Demokratie und Sozialismus.

Die Bündnispolitik der kommunistischen Parteien bezieht sich auf die nichtmonopolistischen sozialökonomischen Schichten der Gesellschaft (Bauern, Intelligenz, städtische Mittelschichten) und auf eine Reihe sehr heterogener und unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Jugend, Frauen, Studenten usw.), was vor allem die **soziale Ebene** der Bündnisbeziehungen ausdrückt. Sie bezieht sich zugleich auch auf demokratisch-politische Organisationen, Bewegungen, Aktionsformen und Zusammenschlüsse der potentiellen Bündnispartner, was insbesondere die **politische Ebene** der Bündnisbeziehungen widerspiegelt. Beide Ebenen sind unmittelbar miteinander verflochten, gehen ineinander über und können nur bedingt voneinander unterschieden werden, weil **alle** genannten Bündnisbeziehungen sowohl sozialen als auch politischen Charakter tragen. Im Vordergrund der gesamten Bündnispolitik der kommunistischen Parteien steht heute das Ringen um die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, für eine Rüstungsbegrenzung und für Abrüstung. Davon werden alle Aspekte der Bündniskonzeptionen durchdrungen. Für die Erreichung dieses Zieles kämpfen die Kommunisten in kapitalistischen Ländern um ein Zusammenwirken mit **allen** am Frieden interessierten Kräften, einschließlich der realistisch denkenden Kräfte in der Monopolbourgeoisie und in den bürgerlichen Regierungen.

Die praktischen Erfahrungen der Bündnispolitik in den kapitalistischen Ländern zeigen, daß die genannten günstigeren Bedingungen auch heute nicht automatisch demokratische Bündnisse hervorbringen, daß die Bündnispolitik der Kommunisten auf nicht geringe Gegenfaktoren, Schwierigkeiten und Hindernisse stößt. Die nach wie vor recht widersprüchliche sozialökonomische Lage der potentiellen Bündnispartner drückt sich vor allem in ihrer kleinbürgerlichen Ideologie und Verhaltensweise und in politischen Schwankungen aus. Ihre Unzufriedenheit mit verschiedenen Seiten der staatsmonopolistischen Entwicklung kann sie unter bestimmten Bedingungen — vor allem wenn der Einfluß der demokratischen, fortschrittlichen Kräfte nicht stark genug ist — zu einer Wendung nach rechts veranlassen. Das Monopolkapital wirkt ökonomisch, politisch und ideologisch gezielt auf diese Schichten ein, um sie auch in Zukunft als traditionelle Massenbasis zu erhalten und besonders durch antikommunistische Beeinflussung vom Bündnis mit der Arbeiterklasse abzuhalten.

Vor den Marxisten-Leninisten stehen heute zahlreiche neue Probleme hinsichtlich ihrer Bündnispolitik. Viele Fragen — so u. a. über die konkreten Beziehungen von Hegemonie der Arbeiterklasse und breiten demokratischen Bündnissen, von sozialen und politischen Bündnissen, über das Verhältnis von Aktionseinheits- und Bündnispolitik — befinden sich in der Diskussion. Aus den objektiven Bedingungen des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus ergibt sich jedoch für die marxistisch-leninistische Bündnispolitik stets die Notwendigkeit,

- den Hauptgegner und das Hauptziel des Bündnisses konkret zu bestimmen und alle Möglichkeiten für die Entwicklung gemeinsamer demokratisch-antiimperialistischer Aktionen zu nutzen;
- die führende Rolle der Arbeiterklasse im Bündnis zu erringen und zu fördern, indem